

## «Ohne Gösgen wären wir ein Spielball auf dem Strommarkt»

*Stadtrat Türler erklärt, weshalb sich Zürich künftig nicht an neuen Atomkraftwerken beteiligen will*

*In der Gemeindeordnung von Zürich soll festgeschrieben werden, dass sich die Stadt künftig nicht an neuen Atomkraftwerken beteiligen will. Andres Türler, Vorsteher der Industriellen Betriebe und damit oberster Chef des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich, erklärt die Überlegungen hinter diesem Vorhaben.*

*Das Stromunternehmen Atel hat vor kurzem ein Gesuch für ein neues AKW eingereicht, die Energiekonzerne Axpo und BKW werden bald folgen. In dieser Planungsphase kündigen Stadtrat und Parlament von Zürich an, dass sie nicht in neue Atomkraftwerke investieren wollen. Weshalb?*

**Andres Türler:** Zürich ist im Gegensatz zur gesamten Schweiz, die schon heute auf Stromimporte angewiesen ist, in einer feudalen Situation. Die Stadt Zürich produziert mit ihrem Elektrizitätswerk (EWZ) mehr Strom, als sie für ihr Versorgungsgebiet benötigt. Das EWZ besitzt im Gegensatz zu den meisten Elektrizitätswerken eigene Produktionsstätten; eigene Wasserwerke in Graubünden und in Zürich sowie Beteiligungen an Wasser- und Kernkraftwerken in der Schweiz und in Frankreich. Dadurch kann es die Qualität der Produktion und den Preis des Stroms beeinflussen, der verkauft wird. Das EWZ wird – und das haben wir in verschiedensten Szenarien zum künftigen Verlauf des Stromverbrauchs durchgerechnet – bis 2040 genügend eigenen Strom produzieren, um das Versorgungsgebiet auch weiterhin abzudecken.

### Milliardenbeträge für Wasserrechte

*Nach 2040, wenn die letzten Betriebsbewilligungen für die Kernkraftwerke auslaufen, sieht es aber nicht mehr so rosig aus.*

Wir müssen die Zeit zwischen 2008 bis 2040 dafür nutzen, uns so zu positionieren, dass wir auch über 2040 hinaus unseren Bedarf aus eigenen Produktionen decken können. Bei den Kernkraftwerken besteht die Möglichkeit, dass die Frist für die Betriebsbewilligung erstreckt wird. Schon heute ist demgegenüber klar, dass die Konzessionen bei der Wasserkraft ab 2035 auslaufen. Wichtig ist jetzt, genügend Geld bereitzustellen, um uns die Wasserrechte weiterhin zu sichern.

*Das EWZ hat fast 1 Milliarde Franken Reserven.*

Die ist noch viel zu wenig. Wenn wir unsere Wasserkonzessionen verlängern und in grossem Umfang neue erneuerbare Energien fördern wollen, brauchen wir mehrere Milliarden Franken.

*Kann die Stadt Zürich nach 2040 ohne neue AKW ihren Bedarf decken?*

Wenn in zehn, zwanzig Jahren die Politikergeneration sagt, wir schaffen es nicht, dann wird

man die Gemeindeordnung wieder ändern müssen. Heute sind wir überzeugt, dass unsere Energiezukunft bis 2040 gesichert ist. Und wir haben noch Zeit, uns so aufzustellen, dass sie auch nachher noch gesichert ist. Wir wollen jetzt in der Zürcher Gemeindeordnung eine Absichtserklärung einfügen, die uns anspornen soll, in den nächsten zwanzig Jahren die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien stark zu fördern.

*Es mag sein, dass für die Stadt Zürich erst in zehn Jahren der richtige Moment da ist, ein neues AKW zu planen. Aber möglicherweise steht das EWZ dann alleine da, und alleine kann es kein AKW bauen. Wie gross ist das Risiko, dass Zürich jetzt den Sprung auf den Kernenergiezug verpasst?*

Das Risiko besteht. Die grossen Energiekonzerne gehen derzeit bei der Planung neuer Kernkraftwerke allerdings sehr unkoordiniert vor und laufen Gefahr, dass ihre Vorhaben am Widerstand des Volkes scheitern.

*Wäre heute ein neues AKW-Projekt bei den Zürcher Parteien und in der Bevölkerung chancenlos?*

Ja. Ein neues AKW wird bis weit in die Mitte hinein abgelehnt. Deshalb müssen wir das machen, was politisch machbar ist. In unserem Fall ist dies die Erhaltung unserer Beteiligungen an Kernkraftwerken. Natürlich wäre es auch unser Ziel, den Strom bis ins Jahr 2100 zu sichern. Die politische Realität sieht jedoch anders aus.

*Dann gehen Sie davon aus, dass die Initiative der Grünen, welche den Verkauf der Kernkraft-Beteiligungen in zehn Jahren vorsehen würde, in Zürich nicht chancenlos gewesen wäre?*

Zur Erinnerung: Die Volksinitiative «Moratorium plus» aus dem Jahr 2003 wurde in Zürich angenommen. Wir dürfen auch die vom Gemeinderat überwiesene Motion des grünen Gemeinderates Bernhard Piller nicht vergessen, die den sofortigen Verkauf der Beteiligung an Gösgen verlangte. Hätte sie der Gemeinderat im Gegenzug zu unserem Gegenvorschlag nicht abgeschlossen, wären wir gezwungen gewesen, Gösgen zu verkaufen, wir wären gezwungen gewesen, schon heute Energie auf dem internationalen Markt einzukaufen, und wir wären zum Spielball im europäischen Strommarkt geworden. Wir hätten keine Reserven öffnen können für die Sicherung der Wasserkraft, und wir hätten den Strompreis nicht tief halten und in erneuerbare Energien investieren können. Es war für uns deshalb von zentraler Wichtigkeit, dass die Motion Piller abgeschlossen wurde.

### Keine Mehrheit für Kernenergie

*Hätte man die Motion nicht anders verhindern können als mit einer Absichtserklärung in der Ge-*

*meindeverfassung?*

Nein.

*Der Kanton Zürich sagt, es geht nicht ohne neues AKW. Der Bund sagt, es geht nicht ohne AKW. Der normale Bürger versteht nicht, wenn die Stadt Zürich jetzt sagt, sie brauche kein neues AKW.*

Aus Stadtzürcher Sicht braucht es im Moment kein neues Kernkraftwerk. Wir verfügen wie erwähnt über ein ausreichendes Energieportfolio, im Gegensatz zum Kanton und zur Schweiz. Wenn die Stimmung in zehn, zwanzig Jahren zugunsten von Atomenergie dreht, dann wird man dies erneut diskutieren müssen.

*Müsste das EWZ nicht auch jetzt schon mithelfen, dass eine atomare Zukunft in der Schweiz überhaupt möglich wird?*

Im Moment ist Kernenergie in Zürich kein Thema. Wir finden dafür keine Mehrheiten.

*Mit Blick auf die Motion Piller sowie die Initiative der Grünen ist der vom Parlament verabschiedete Gegenvorschlag das kleinere Übel für den Stadtrat?*

Was heisst hier Übel? Es ist die Haltung des Stadtrates, keine neuen Kernkraftwerke zu bauen und die bisherigen Anteile zu behalten. Das ist die Strategie des Stadtrates. Aus Sicht der Kernenergie mag es ein Übel sein.

*Interview: ami.*



«Wir müssen machen, was politisch machbar ist: die Erhaltung der AKW-Beteiligungen.»

ADRIAN BAER